

Die polnische Geschichtspolitik nach 1989

Ruchniewicz, Krzysztof

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ruchniewicz, K. (2007). Die polnische Geschichtspolitik nach 1989. *Polen-Analysen*, 20, 2-8. <https://doi.org/10.31205/PA.020.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Analyse

Die polnische Geschichtspolitik nach 1989

Krzysztof Ruchniewicz, Breslau

Zusammenfassung

Der Terminus »Geschichtspolitik« ist einer der vielen Begriffe, die in die gegenwärtige politische Debatte – oder eher Auseinandersetzung – in Polen Einzug gehalten haben und immer größere Kontroversen hervorrufen. Dazu kam es aufgrund der Art und Weise, wie dieser Begriff von den rechten Parteien, die in den letzten zwei Jahren die Regierung stellten, angewendet wird, insbesondere von *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)*. In verschiedenen öffentlichen Äußerungen der PiS in den Jahren 2004 – 2006 fiel als unumstößliches Axiom die Feststellung, dass Polen bis zu diesem Zeitpunkt keine Geschichtspolitik gehabt habe. Dies soll zu bedauerlichen Folgen im gesellschaftlichen Leben und im Außenbild Polens geführt haben. Geäußert wurden auch deutlich negative Bewertungen über die junge Generation, dass sie weniger patriotisch als die vorangegangene sei und dass ihr sogar der Verlust der nationalen Identität drohe. Da wieder mit Vergnügen verkündet wird, dass *historia magistra vitae est*, ist die Frage umso aktueller geworden, was und wie man sie lehren soll.

Offizielle Geschichtspolitik versus historisches Gedächtnis

Das Thema Geschichtspolitik ruft eine Reihe von Fragen hervor. Erstens, ob der Bereich der historischen Bildung der Gesellschaft nach 1989 in Polen tatsächlich so vollkommen vernachlässigt worden ist. Zweitens, welche Aufgaben der Staat auf diesem Gebiet hat, und wo die Grenze zwischen patriotischer oder historischer Erziehung einerseits und Indoktrinierung nach den Vorstellungen der gerade regierenden Partei andererseits verläuft – was nur zu gut aus der Zeit des Kommunismus bekannt ist. Drittens, mit welchen Mitteln man die Geschichtspolitik in Bezug auf die eigene Gesellschaft und die internationale Meinung umsetzt. Viertens, welches Ziel die Geschichtspolitik verfolgen soll, d.h. welches Bild der polnischen Geschichte eingepreßt und welches Patriotismusmodell propagiert werden soll.

Der Begriff der Geschichtspolitik wurde aus der deutschen wissenschaftlichen und publizistischen Literatur übernommen. Die wissenschaftliche Reflexion über den Gegenstandsbereich und die Untersuchungsmethoden steckt nach Einschätzung der bekannten Politologin und Kennerin der deutsch-polnischen Beziehungen, Anna Wolff-Powęska, noch in den Kinderschuhen. Das hat zur Folge, dass der sachliche Gehalt vieler Stimmen in der Diskussion gering ist und vor allem die subjektiven Ansichten und politischen Überzeugungen ihrer Vertreter kundtut. Dies betrifft überwiegend die Seite, die sich für eine sog. harte, d.h. vom Staat geleitete, Geschichtspolitik ausspricht. Bei vielen Menschen in Polen, darunter bei einem Großteil der Geschichtswissenschaftler, weckt allerdings der Begriff der Geschichtspolitik negative Assoziationen, denn er

ruft Erinnerungen an die einstige Unterordnung der Geschichte, insbesondere der neuesten, unter die Ziele der Nazi- bzw. kommunistischen Diktatur hervor. Unter den Bedingungen der politischen Unterdrückung diente die Geschichte allein als Reservoir für geeignete Fakten und Argumente, die das laufende Geschehen rechtfertigen sollten. Allerdings war das Monopol des kommunistischen Staates, der Gesellschaft eine bestimmte Sicht der nationalen Vergangenheit zu vermitteln sowie historischer Ereignisse zu gedenken und sie zu erforschen, in Polen nie vollständig. Dies lag auch an der stark im kollektiven Gedächtnis verwurzelten Erfahrung der Unfreiheit, d.h. der über einhundert Jahre dauernden Teilung Polens und des Kampfes um die Bewahrung der nationalen Identität. Dies bewirkte, dass in polnischen Familien die Weitergabe von historischen Traditionen, die unabhängig vom aktuellen politischen System waren und sich häufig auf Taten und Erlebnisse von Familienmitgliedern stützten, sehr ausgeprägt war. Diese private Geschichte gewann unter den Bedingungen der Diktatur auf nahezu natürliche Weise an Glaubwürdigkeit, hatte sich doch das Misstrauen gegenüber dem Staat und seinem Vorgehen schon vor Generationen fast natürlich ausgeprägt. Das Primat der sog. nicht-offiziellen Geschichte begünstigte auch die primitive Behandlung historischer Themen seitens der polnischen Kommunisten, insbesondere in der Zeit des Stalinismus, d.h. von 1948 bis 1955, sowie späteres Verfälschen und Verschweigen. Dies wurde in für die Gesellschaft so sensiblen Bereichen wie den polnisch-russischen Beziehungen und Fragen der neuesten nationalen Geschichte angewandt, wie der Machtübernahme durch die Kommunisten und gesellschaftlichen Protesten. Ein Bereich der

Vergangenheitsrezeption, der den Kommunisten und der ihnen untergeordneten Gesellschaft gemeinsam war, waren dagegen die polnisch-deutschen Beziehungen, wozu v.a. die schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs sowie die Ablehnung der neuen polnisch-deutschen Grenze nach dem Krieg durch die Bundesrepublik Deutschland beitrugen. Die historische Kontinuität des Konflikts mit den Deutschen schien den Polen hinreichend bewiesen, und die Ängste vor dem deutschen Revisionismus nutzte das kommunistische Regime bis Anfang der 1970er Jahre aus. Eine große Rolle für die Bewahrung des historischen Gedächtnisses, das nicht der offiziellen Interpretation entsprach, spielte die katholische Kirche in Polen, wobei dies ihre traditionelle Rolle schon seit den polnischen Teilungen war, als die Institution Kirche eine quasi nationale Institution war, ein Ort, wo nicht nur die Glaubensgemeinschaft, sondern auch die nationale Gemeinschaft gepflegt wurde.

Die Niederlage der polnischen Kommunisten im »Krieg um die Erinnerung« war jedoch nicht vollständig, zumal ein Teil ihrer Anstrengungen dauerhafte Ergebnisse zeitigte. Zwar gelang es nicht, den Kult der neuen Helden zu verwurzeln und ein ausschließlich negatives Bild der polnischen Staatlichkeit der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zu festigen oder ein allein gültiges Bild der polnisch-sowjetischen Beziehungen einzupflegen. Gestärkt wurde aber ein polenzentriertes Bild der Geschichte Europas ebenso wie der Kult eines opferbereiten Patriotismus und der Hingabe. Während die Neigung der polnischen Seele zum Märtyrertum gepflegt wurde, wurde die Erfahrung der multiethnischen Gebiete, die einst zum polnischen Staat gehört hatten, an den Rand der gesellschaftlichen Erinnerung gedrängt.

Neue Akzente nach 1989

Der Beginn einer neuen historischen Etappe des polnischen Staates, die Wiedererlangung seiner Souveränität, wird in den Jahren 1989/90 angesiedelt, wenn auch versucht wird, den Erfolg dieses Moments mit dem Vorwurf des »Verrats am Runden Tisch« in Abrede zu stellen. Die Gespräche mit der Opposition, die Parlamentswahlen im Juni 1989, der erste nicht-kommunistische Ministerpräsident, schließlich die Selbstauflösung der *Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza – PZPR)* – und all dies vor dem Hintergrund der großen Veränderungen in Ostmitteleuropa – bewirkten, dass die Menschen den Eindruck hatten, die große Geschichte spiele sich vor ihren Augen ab. Dies geschah außerdem entgegen der bisherigen polnischen Geschichtserfahrungen ohne einen Schuss, ohne Blutvergießen und ohne Barrikaden. Die Euphorie wurde jedoch dann von den schmerzhaften

Erfahrungen der strukturellen Transformation überdeckt sowie vom Streit und den Teilungen im Lager der ehemaligen demokratischen Opposition. An letztere zu erinnern, sollte die gesellschaftliche Aufgabe der Geschichtspolitik sein, doch kommt der »friedlichen Revolution von 1989« nach Auffassung der gegenwärtigen Regierung offenbar kein großer Wert zu.

Ein symbolischer Sieg der historischen Unabhängigkeitstradition war die Änderung der Staatsbezeichnung in Republik Polen und des Staatswappens, in dem jetzt wieder die Krone geführt wird. Einige Jahre lang fand auch eine umfangreiche Säuberung im Bereich der öffentlichen historischen Symbole statt. Dies ist ein noch un abgeschlossener und auch umstrittener Prozess, denn: Ist die Zerstörung politisch nicht mehr aktueller Herrschaftssymbole einer vergangenen, schlechten Zeit nicht auch eine Geschichtsfälschung? Andererseits ist dieser Prozess für die Gesellschaft notwendig. So verschwanden also Denkmäler, die an Personen und Ereignisse des gestürzten Kanons erinnerten. Sie wurden entweder zerstört oder in Museen des Realsozialismus überführt. Einige behielten ihre Erinnerungsfunktion, erhielten aber einen anderen Standort. Dafür wurde der öffentliche Raum mit Denkmälern bereichert, die an Helden erinnern, über die bisher hinweggegangen worden war, v.a. an Józef Piłsudski und polnische Führer während des Zweiten Weltkriegs. Straßen und Institutionen wurden umbenannt. Der Kalender der staatlichen Feiertage wurde geändert, und die Jahrestage wichtiger Ereignisse wurden weniger pompös begangen; neu hinzugefügt wurden Daten der älteren Geschichte (3. Mai, Tag der Verfassung von 1791) und der Geschichte des 20. Jahrhunderts: 8. Mai, 15. August, 30. / 31. August, 17. September, 11. November, 13. Dezember [15.8.1920 »Wunder an der Weichsel«, d.h. Sieg der polnischen Armee unter Piłsudski gegen die Rote Armee und jetzt auch Tag der Armee; 31.8.1980 Unterzeichnung des Abkommens zwischen Regierung und Danziger Streikkomitee; 17.9.1939 Überfall der Sowjetunion auf das sich gegen Deutschland verteidigende Polen; 11.11.1918 Polnische Unabhängigkeitserklärung und Wiedererstehung der Republik; 13.12.1981 Verhängung des Kriegsrechts; Anm. d. Red.]. Zwar wurde der 1. Mai aufrechterhalten, aber sein »proletarischer« Inhalt wurde abgelegt und dafür die Verehrung des Heiligen Josef, des Patrons der Arbeiter, betont. Abgeschafft wurden die Feiertage 9. Mai, 22. Juli, 12. Oktober und 7. November [9.5.1945 Jahrestag des Kriegsendes; 22.7.1944 unterstützt von der Roten Armee Konstituierung des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung in Lublin als Keimzelle des kommunistischen Nachkriegspolens; 12.10.1943 Schlacht von Lenino; 7.11. Jahrestag der Oktoberrevolution 1917; Anm. d. Red.] und der Kalender kirchlicher, arbeitsfreier Feiertage erweitert. Neue

Geschichtslehrbücher wurden herausgegeben, die eine bisher unbekannte Auswahl und Möglichkeiten, verschiedene Programme zu nutzen, einführten, wenn auch unter Berücksichtigung eines vom Bildungsministerium bestätigten allgemeinen Rahmens. Schließlich wurde nach langwieriger Debatte das Institut des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięci Narodowej – IPN) gegründet, das Forschung, Bildung und die Verfolgung von Tätern nationalsozialistischer und kommunistischer Verbrechen umfasst. Scheint angesichts dieser enormen Reichweite an Veränderungen die Behauptung eines vollständigen Mangels an Geschichtspolitik in den 1990er Jahren seitens des Staats nicht überzogen?

Man muss allerdings daran erinnern, dass – ebenso wie die gesamte polnische Wirklichkeit – auch dieser Aspekt einer Demokratisierung unterlag. Sie beruhte darauf, dass zunehmend andere Formen des Gedenkens und Verbreitens von Geschichte sowie des Bewahrens ihrer Spuren eine Rolle spielten, als die, die im Einflussbereich der staatlichen Organe lagen. Nach 1989 entstanden neue bzw. sich weiter entwickelnde Institutionen und Nicht-Regierungsorganisationen, die sich mit der Geschichte insbesondere des 20. Jahrhunderts befassten. Ein ganz wesentliches Phänomen war, dass nun auch anderen Erinnerungen und Traditionen als nur den polnischen Gehör geschenkt wurde, denn gleichzeitig mit den Polen erhielten die Angehörigen der Minderheiten ihre wahre Geschichte zurück und gewannen angemessenere Bedingungen, die eigene Identität und Geschichte zu kultivieren. Politische Demokratie bedeutet ja Pluralismus in allen Bereichen. Der Staat verzichtete auf einen Großteil seiner Kompetenzen und legte sie zur subjektiven Gestaltung in die Hände seiner Bürger.

Allerdings lassen sich die Gegenwart der Geschichte im gesellschaftlichen Leben und das gesellschaftliche Interesse an der Vergangenheit nie und nirgendwo auf einem sehr hohen Niveau aufrechterhalten. Die Geschichte verliert zwangsläufig gegen die Gegenwart. So trat auch in Polen nach einigen Jahren der oben dargestellten Belebung eine Abwendung von der Geschichte und eine Ermüdung insbesondere angesichts der Märtyrer-Thematik auf. Die sich von Tag zu Tag verändernde Realität forderte ihr Recht, und es bestätigte sich, dass ein beständiges großes Interesse an öffentlichen Angelegenheiten nur für einen Teil einer jeden Gesellschaft charakteristisch ist.

Die Auseinandersetzung mit sich und den anderen

Zweifelloso verzichtete der Staat in den 1990er Jahren auf besonders sichtbare Eingriffe in verschiedene Lebensbereiche, was als positiv aufgenommen wurde und das bürgerschaftliche Engagement weckte. Die schulische

Ausbildung wurde reformiert. Für den Geschichtsunterricht gilt, dass er etwas anderem als der Vervielfältigung enzyklopädischen Wissens dienen sollte. Wenn die Geschichtsausbildung die besagte Lehrerin für das Leben sein soll, so muss die Frage gestellt werden, welche Inhalte gelehrt werden sollen und warum. Dies ist bereits die tiefer gehende Frage nach der Art und Weise der notwendigen Auswahl. Hört man einige Aussagen der Anhänger der neuen Strömung der Geschichtspolitik, kann man den Eindruck gewinnen, dass das Ziel des Geschichtsunterrichts nicht das Verstehen der uns umgebenden Welt ist und des Zustands, in dem wir uns als Gesellschaft befinden, in dem die dazugehörigen historischen Wurzeln aufgezeigt werden, sondern Ziel ist danach die Affirmation der eigenen Geschichte, um Gemeinschaft zu schaffen. Hier muss man nun die Frage stellen, ob bei einer solchen Orientierung des Geschichtsunterrichts in der Schule und allgemein der historischen Bildung im öffentlichen Leben die Erkenntnisse der Historiker und die Ergebnisse ihrer offenen Geschichtsdebatten noch notwendig sind. Dies wiederum verbindet sich mit einer anderen Fragestellung, nämlich was die »Geschichte der Historiker« mit der »Geschichte für den täglichen, allgemeinen Gebrauch« zu tun hat.

Natürlich gibt es nicht den Idealzustand, der darin bestehen würde, dass Forschungsergebnisse direkten und vorherrschenden Einfluss auf die gesellschaftliche Sichtweise und die Art haben, der Vergangenheit zu gedenken. Sogar populärwissenschaftliche Arbeiten und Darstellungen sind ganz einfach einer zu kleinen Gruppe von Rezipienten bekannt. Eine Art der Verbreitung der Ergebnisse – in sehr zugänglicher und »gemilderter« Form – sollten die Schulbücher sein. Diese sollen die nationalen Mythen und Stereotype nicht vervielfältigen, sondern das Wissen über die Vergangenheit der Nation und der Welt gestützt auf wissenschaftliche Reflexion vermitteln. Das Erziehungsziel des Geschichtsunterrichts ist natürlich, den Patriotismus zu wecken, daher die Akzentuierung bestimmter Inhalte, Personen und Ereignisse, die diese Aufgabe erfüllen. Und solange aus dem in der Schule vermittelten Geschichtsbild – für die Mehrheit der Gesellschaft das einzige sich aus Büchern ergebende Bild (berücksichtigt man die geringe Leselust in Polen) – nicht die Inhalte gestrichen werden, die die Schatten der eigenen Vergangenheit zeigen, eben gerade die im Namen von Patriotismus und Nationalstolz vollbrachten Schandtaten, besteht keine Gefahr der Geistesmanipulation mit Hilfe von Geschichtslehrbüchern. Die polnischen Historiker haben in den 1990er Jahren in der Tat viel auf dem Feld der z.T. sehr schmerzhaften Abrechnung mit der nationalen Geschichte geleistet. Die von ihnen initiierten Debatten stießen auf recht großen Widerhall, der

die Grenzen des wissenschaftlichen Milieus überschritt. Die Fähigkeit, solche Diskussionen zu führen, wurde als Zeichen der gesellschaftlichen Reife interpretiert, was von der Bereitschaft zeugt, die Sicht auf sich selbst und andere zu verifizieren. Ob dabei die Grenze berechtigter Kritik überschritten und die auf das Gefühl des Nationalstolzes gestützte Geschlossenheit der Gesellschaft verletzt wurde, wage ich zu bezweifeln. Solche Vorwürfe riechen vielmehr nach der Sehnsucht, die Historiker und die öffentlichen Debatten zu zensieren.

Welche Probleme standen also in den 1990er Jahren im Zentrum der Aufmerksamkeit? Generell sind hier zwei Bereiche zu nennen: Der erste war mit den Beziehungen zu anderen Nationen, zu den Nachbarn Polens oder auch zu den Mitbürgern anderer Nationalität verbunden. Am lebhaftesten waren die Auseinandersetzungen über die polnisch-deutschen Beziehungen, insbesondere über die Aussiedlung der Deutschen nach dem Krieg, sowie die in mehreren Fortsetzungen geführte Diskussion über die polnisch-jüdischen Beziehungen. An dritter Stelle muss man die Debatten über die polnisch-ukrainischen Beziehungen nennen. Gemeinsam war dieser Thematik die neue Rolle Polens und der Polen, nämlich nicht die traditionelle des Opfers, sondern auch die des Verursachers fremden Leids. Zweifellos wären solche Gespräche unter den Bedingungen einer aktuellen Konfliktsituation mit einer dieser Nationen nicht möglich gewesen. Gerade die Entwicklung von guten Beziehungen mit ihnen gaben den Rückhalt und das unerlässliche Gefühl von Sicherheit für diese Debatten, an denen eben auch Vertreter der anderen Seite teilnahmen.

Der zweite Bereich besonderer Aufmerksamkeit waren die Diskussionen über das Wesen des polnischen Kommunismus und die Beziehungen zwischen den Machthabern und der von ihnen regierten Gesellschaft. Eine gewisse Degeneration dieser Auseinandersetzungen stellte die Reduzierung der neuesten Geschichte Polens auf das Bild dar, das durch das Prisma der Akten der Sicherheitsdienste zu sehen war.

Eine Anregung, mit diesen zweifelsohne bitteren und schmerzhaften Ereignissen der eigenen Geschichte zu ringen, waren in den 1980er Jahren entstandene Überlegungen, die allerdings lange nur einem sehr engen Personenkreis bekannt waren. Es geht um die Texte von Jan Józef Lipski zum Thema Patriotismus und seine Bewertung des sog. kleineren Übels in der Geschichte («Dwie ojczyzny – dwa patriotyzmy» – »Zwei Vaterländer – Zwei Patriotismen«) sowie von Jan Błoński über die Haltung der Polen gegenüber der Vernichtung der Juden («Biedni Polacy patrzą na getto» – »Die armen Polen blicken aufs Ghetto«). Wichtig waren bei Lipski die Aussagen über die Notwendigkeit des Respekts gegenüber anderen Nationen und die Anerkennung,

dass manche Vorgehensweisen der Polen den Deutschen Leid zugefügt haben, wenn es auch nicht möglich gewesen war, sie zu vermeiden (Aussiedlungen in der Nachkriegszeit). Bahnbrechend klang unter den Bedingungen der damaligen Zeit der Aufruf, das auf polnischem Gebiet liegende deutsche kulturelle Erbe als Teil der europäischen Kultur zu schützen. Błoński seinerseits wagte es, ein Tabu zu brechen – die Gleichgültigkeit gegenüber dem Mord an der jüdischen Nation, die in Teilen der polnischen Gesellschaft an den Tag gelegt wurde.

Die Aussiedlung der Deutschen und das Pogrom von Jedwabne

Resultat dieser »Entdeckung« des Themas der Aussiedlung der Deutschen durch die Historiker ist bis heute eine fast unüberschaubare Reihe von unterschiedlichsten Publikationen. Darunter befinden sich umfangreiche Monographien, die den Prozess auf Landes- und regionaler Ebene darstellen. Des Weiteren Artikel, die kleinere Teilbereiche betreffen, nicht zuletzt interessante, in Polen und Deutschland herausgegebene Quellenausgaben, darunter amtliche Dokumente sowie Erinnerungen. Darüber hinaus sind Dokumentarfilme, Radiosendungen, Presseartikel, Museumsausstellungen und sogar Theaterstücke entstanden. Die Darstellung des Verlaufs der Aussiedlung und der Behandlung der deutschen Bevölkerung in Polen direkt nach dem Krieg bedeutete dabei nicht, diese Ereignisse vom vorangegangenen Geschehen zu entkoppeln: Sie waren die schreckliche Last des Krieges und der Entscheidungen, die letzten Endes nicht die polnische Regierung und auch nicht die Anführer der Anti-Hitler-Koalition getroffen hatten. Es kam aber die Überlegung auf, ob man die eigene unwürdige Vorgehensweise mit den Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes rechtfertigen könne. Also nicht, ob die Aussiedlung der Deutschen notwendig gewesen war, sondern ob man solche Methoden hatte anwenden müssen. Interessant war zudem die Erörterung dieser Thematik nicht nur im Rahmen der Erfahrungen einer konkreten Nation, sondern auch in Bezug auf das menschliche Schicksal, insbesondere des Durchschnittsmenschen. Auf dieser Grundlage konnte sich gegenseitiges Verständnis aufbauen, an dem auch Vertreter der Generation, die diese Erfahrungen gemacht hatte, teilhatten. Das Leid des zwangsentwurzelten Deutschen wurde nachfühlbarer, als es mit der Vertreibung der Polen aus ihrer Heimat verglichen werden konnte. Darüber hinaus schien die zeitliche Distanz die Wunden und die Unversöhnlichkeit zu mildern, die noch vor ein oder zwei Jahrzehnten so lebendig gewesen waren. Ebenso schufen die guten Beziehungen zu Deutschland, seine Unterstützung der europäischen Bestrebungen Polens ein den

Deutschen wohlgesonnenes Klima, zumindest in vielen gesellschaftlichen Gruppen. Versöhnung wurde zu einem Modewort; jedoch sollte man auf der Ebene der ganzen Gesellschaft lieber von der Akzeptanz der anderen Seite und der Wertschätzung der Zusammenarbeit sprechen. In Hinblick auf die menschlichen Gefühle sei noch an eine Sache erinnert: Die Polen schienen anerkannt zu haben, dass sie angesichts der immensen Last der Schuld, die die Deutschen trugen (ich sehe hier von einer Kollektivschuld ab), ihrerseits eine Geste machen und anerkennen konnten, dass sie nicht immer nur Opfer waren. Das polnische Selbstbild wurde dadurch nicht allzu stark angetastet. Zum Teil ähnlich war es im Fall der Diskussionen über die polnisch-ukrainischen Themen. Die Brutalität der Aktion »Weichsel«, der Aussiedlung der Ukrainer in der Nachkriegszeit im Jahr 1947, konnte dem »wolhynischen Gemetzel«, dem Massaker am polnischen Volk während des Krieges, gegenübergestellt werden.

Vollkommen anders war es bei der Untersuchung des Verhaltens der Polen gegenüber den Juden in den 1940er Jahren. Die Diskussion dieses Thema verließ schnell die Abgeschlossenheit der Konferenzsäle, entfachte große Emotionen, teilte die polnische Gesellschaft und weckte großen Widerstand gegen ein polnisches Schuldbekenntnis. Wie kam es dazu? Die erste Ursache war sicherlich die umfangreiche Verfälschung der jüdischen Problematik im Polen der Nachkriegszeit, was aus dem Antisemitismus, der auch der damaligen Regierungspartei nicht fremd war, resultierte. Die zweite Ursache war, dass das, was wir kurz die »Jedwabne-Problematik« (Kleinstadt im Nordosten Polens, in der Polen im Juli 1941 ein Pogrom an den ortsansässigen Juden verübten) nennen, von einem schändlichen Umgang mit der schwächeren, jüdischen Seite sprach, die schlicht und einfach schutzlos war und von einem übermächtigen Feind verfolgt wurde, dem ein Teil der Polen eben an diesem Ort in irgendeiner Form geholfen hat. (Manche) Polen waren also nicht machtlose Beobachter, gleichgültige Zuschauer, sondern Henker. Umso schlimmer, als man sich eben nicht zur psychischen Kompensation dieser schmerzhaften Wahrheit einreden konnte, dass die andere Seite kein völlig unschuldig Opfer gewesen sei und sie ja auch an Polen schuldig geworden sei, dass es sich um das biblische »Auge um Auge« gehandelt habe. Es war nicht möglich, diese Taten für den »alltäglichen Gebrauch« zu erklären oder zu verstehen – es sei denn, dass man antisemitischen Unsinn verbreitete. Leider hat in manchen Kreisen der Wunsch, die Pogrome zu leugnen bzw. zu verhüllen zum Einsatz chauvinistischer Argumente geführt. Die Diskussion über Jedwabne erschütterte auch die Community der Historiker, stellte man ihr doch die unangenehme Frage, warum die ganze Angelegenheit

erst Anfang des 21. Jahrhunderts an die Öffentlichkeit drang, nach mehr als zehn Jahren Rede-, Meinungs- und wissenschaftlicher Freiheit. Das Ergebnis dieser Debatte waren viele wichtige Bücher. Im Kontext der Geschichtspolitik muss man hier noch an ein weiteres Ereignis erinnern, nämlich an die Teilnahme des damaligen Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski an den Feierlichkeiten der Denkmalenthüllung für die ermordeten jüdischen Einwohner von Jedwabne im Juli 2001. Seine Anwesenheit war eine Art Wiedergutmachungsakt, auch im Namen der Nation. Sie war ein Zeichen dafür, dass der polnische Staat auch die dunklen Seiten seiner Geschichte nicht verschweigt. Für einen Teil der Gesellschaft war dies jedoch der beschämende Akt eines Bekenntnisses nicht begangener Schuld und der Schulterchluss der Staatsmacht mit der Front der »Feinde Polens«.

Die Diskussion bzw. der um die »Jedwabne-Problematik« entbrannte Streit wurde als traumatisches Erlebnis für Teile (die Mehrheit?) der polnischen Gesellschaft bezeichnet. Dieses Trauma erschütterte die jüngst entstandene polnische Bereitschaft, geheiligte Traditionen bei der Betrachtung der eigenen Geschichte in Frage zu stellen. Das Interesse der internationalen Öffentlichkeit an dieser Debatte, verbunden mit Meldungen über einen massenhaft verbreiteten »polnischen Antisemitismus« sowie mit weit verbreiteter Dummheit und Nichtwissen (fatale Formulierungen in der internationalen Presse im Stil von »polnische Vernichtungslager«) riefen eine verstärkte Verteidigungshaltung hervor, in manchen Kreisen so stark, dass dies zu einer vollständigen Leugnung der von den Wissenschaftlern bestätigten Fakten führte.

Eine deutsche Neuinterpretation der Geschichte?

Diese Gefühle fielen mit wachsender Erbitterung, Beunruhigung und Irritation über das Verhalten eines Teils der Deutschen zusammen. Für die Polen war die Phase der Abrechnung mit dem Problem der Aussiedlung der Deutschen nach dem Krieg in Form einer symbolischen Anerkennung abgeschlossen, wonach die Deutschen das Recht haben, dies als Leid zu empfinden. Diese Thematik kehrte jedoch um die Wende des 20. zum 21. Jahrhundert zusammen mit dem ganzen Problem des Zweiten Weltkriegs mit großer Macht zurück. Allerdings geschah dies v.a. unter dem Einfluss der Ereignisse in Deutschland. Das, was für die Polen das Ende der Diskussion über die deutschen Opfer war, war für die Deutschen wiederum der Anfang einer neuen Auseinandersetzung mit diesem Thema. Hinter den Aussiedlern tauchten weitere Gruppen von Benachteiligten auf, die Opfer der Flächenbombardements, die Opfer der Roten Armee in der Zivilbevölkerung, und schließlich

die an Polen, Tschechien und die Slowakei (interessanterweise nicht an Russland) gerichteten materiellen Forderungen der Aussiedler. Dies verursachte in Polen den Eindruck, dass in Deutschland eine Neuinterpretation der Geschichte des Zweiten Weltkriegs stattfindet, was wiederum günstige Bedingungen schuf, um politische Faktoren ins Spiel zu bringen. Politisch dekretiert war die Formulierung der Notwendigkeit, eine vollständige Bilanz der Kriegsverluste aufzustellen, und politisch inspiriert war die Tätigkeit der »Polnischen Treuhänd«, die den deutschen materiellen Forderungen Widerstand leisten sollte.

»Patriotismus der Niederlage«

Ein Teil der politischen Kräfte machte aus der Thematik der historischen Abrechnungen eine Waffe im Kampf um die Wählergunst. Zwar endeten die Bemühungen der extremen Rechten, aus antideutschen Parolen Waffen in der Debatte um den Beitritt zur Europäischen Union zu schmieden, nicht erfolgreich, jedoch entmutigte dies nicht, sich auf diese Parolen zu berufen. Von den Möglichkeiten, diese Problematik wirksam auszunutzen, überzeugte die Politiker, und insbesondere die von *Recht und Gerechtigkeit*, der Erfolg der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstands im Juli 2004. Nicht ohne Bedeutung war, dass ihr Organisator der damalige Stadtpräsident von Warschau und derzeitige Staatspräsident Lech Kaczyński war. Die Feierlichkeiten basierten auf der Vergegenwärtigung des Bildes von Polen als Märtyrer, Opfer, vereinsamer Held, was auch bei den folgenden, nicht mehr so breit angelegten Jahrestagen wiederholt wurde. Der Erfolg des Museums des Warschauer Aufstands war die Initialzündung, neue Institutionen dieser Art zu gründen, allen voran das Museum der Geschichte Polens. Indem man im Wahlkampf auf einen radikalen Bruch mit der III. Republik setzte, brachte man auch historische Argumente ins Spiel. Wenn künftig alles besser und anders werden sollte, sollten auch die Aktivitäten des Staates im Bereich des historischen Gedenkens und der Stärkung der nationalen Bande (denen demnach eine Gefahr drohte) besser und anders werden. Eine ganz andere Sache war, dass keine Meinungsfrage diese alarmierenden Behauptungen untermauerte. Natürlich kann man nicht nachweisen, dass solche Parolen nicht die gesellschaftlichen Bedürfnisse trafen, denn welche Gesellschaft sehnt sich nicht nach einem möglichst idealen Selbstbild, insbesondere eine Gesellschaft, die vom Niveau der regierenden politischen Eliten ermüdet und angewidert ist?

Nach ihrem Wahlsieg im Jahre 2006 schuf die neue Machtelite einen günstigen Rahmen zur Verwirklichung ihrer Projekte. Leider zeigte sich hier wie auch in vielen anderen Bereichen, dass es an einem konkreten,

kompetenten und umfassenden Aktionsplan mangelte. Betrachtet man die Art und Weise, wie historische Jahrestage behandelt werden, und die Aussagen von Regierungspolitikern, die mehr oder weniger eine historische Materie berühren, kann man sagen, dass der propagierte neue Patriotismus anfängt, an das aus der Vergangenheit bereits bekannte Muster zu erinnern, zumal er dem von den Kommunisten entwickelten recht ähnlich ist (natürlich vom Kult des Kampfes mit dem Kommunismus abgesehen). Im Vordergrund stehen der Kult, Opfer zu sein, die Beschwörung einer permanent bestehenden Bedrohung Polens, die Umdeutung von Niederlagen in »moralische Siege«, die Einschränkung der Kritik an der eigenen Nation, die als Ausdruck eines bedrohlichen historischen Revisionismus angesehen wird, und der vorherrschende Polozentrismus bei der Betrachtung historischer Ereignisse.

In Anlehnung an persönliche Motive der PiS-Führer und ihren intellektuellen Hintergrund kann man außerdem feststellen, dass die Leistungen eines Teils der antikommunistischen Opposition in Frage gestellt werden. Nicht nur den 1989 am »Runden Tisch« getroffenen Abmachungen wird der Wert abgesprochen, sondern auch die Errungenschaften der ersten Jahre der Unabhängigkeit werden entwertet. Diese Haltung nennen Kritiker der neuen Geschichtspolitik Kultivierung eines Patriotismus der Niederlage oder eines geschlossenen, konfrontativen Patriotismus. Ihrer Meinung nach verwehrt die Vernachlässigung heikler und schwieriger Tatsachen der Nationalgeschichte im öffentlichen Diskurs den jungen Generationen die unverzichtbare Erfahrung, sich diesen Fakten zu stellen. Skeptiker äußern auch die Befürchtung, dass das Engagement des Staates in diesem Bereich zunehmende Fremdenfeindlichkeit zur Folge haben werde. Solcherart Bedenken wären berechtigt, wenn gegenwärtig der Staatsapparat den größten Einfluss auf die Bürger hätte. In einer pluralistischen Gesellschaft, die offen für Kontakte mit der Welt ist, ist das jedoch nicht möglich. Angesichts der beklagenswerten Folgen, die aus dem zu engen Flirt der Geschichte mit der Politik in der Vergangenheit resultierten, heißt dies natürlich nicht, dass solche Gefahren bagatellisiert werden dürfen. Die gesellschaftliche Einstellung zu beeinflussen, ist allerdings eine Aufgabe für ein ganzes Jahrzehnt, wobei verschiedene Instrumente eingesetzt werden sollten. Außerdem haben wir es z. Zt. vorwiegend mit Reden über die neue Geschichtspolitik zu tun und nicht mit konkreten Handlungen, was sicherlich mit fehlenden finanziellen Mitteln und Problemen in andern innenpolitischen Bereichen zu erklären ist. Effekte der neuen Geschichtspolitik sind dagegen schon heute in den Beziehungen zu anderen Nationen sichtbar, allerdings wohl nicht solche, an denen der Regierung gelegen war. Denn schließlich hat bisher

das Wissen über die Geschichte Polens in der Welt nicht zugenommen, ganz zu schweigen davon, dass die Welt die polnische Perspektive einnehme. Natürlich hatte die Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland und Russland auch noch andere Ursachen und das polnische Auftreten im Geiste der Geschichtspolitik war eher eine Reaktion auf ein bestimmtes Vorgehen der anderen Seite (z.B. die Forderungen der deutschen Ausiedler oder die Geringschätzung der polnischen Sicht auf die Geschichte durch die Russen). Nichtsdestoweniger machte der Einsatz historischer Argumente keinen guten, vielmehr einen anachronistischen Eindruck und führte zu zunehmenden Verstimmungen, auch auf der Ebene der Zusammenarbeit mit der EU.

Über den Autor:

Dr. phil. habil. Krzysztof Ruchniewicz, Jg. 1967, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Historischen Instituts der Universität Wrocław (Breslau); 2002–2007 Gründungsdirektor des Willy Brandt Zentrums für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wrocław und dort Leiter des Lehrstuhls für Geschichte; Mitglied des Präsidiums der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission und der Kopernikus-Gruppe. Forschungsschwerpunkte: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, deutsch-polnische Beziehungen, Fragen der Europäischen Integration, internationale Schulbuchforschung. Zahlreiche Publikationen, zuletzt erschienen: *Polskie zabiegi o odszkodowania niemieckie w latach 1944/45–1975* [Polnische Bemühungen um die deutsche Wiedergutmachung in den Jahren 1944/45–1975], Wrocław 2007; *Zwischen Zwangsarbeit, Holocaust und Vertreibung. Polnische, jüdische und deutsche Kindheiten im besetzten Polen*, hrsg. von Krzysztof Ruchniewicz und Jürgen Zinnecker, Weinheim u. München 2007. In Kürze erscheint im Lit-Verlag ein Buch über die polnische historische Erinnerung nach 1945.

Bei diesem Beitrag handelt es sich um einen leicht gekürzten Vorabdruck aus der Publikation: *Länderbericht Polen*. Hrsg. v. Dieter Bingen und Krzysztof Ruchniewicz, die im nächsten Jahr in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung erscheinen wird.

Dokumentation

»Angewandte Geschichte« – Lech Kaczyński im Interview

[...]

Ich bitte Sie um diese persönlichen Reflexionen über die polnische Geschichte, um zu fragen, ob die Ergebnisse dieser Sicht der Geschichte für Sie eine Art Wegweiser für aktuelle Aufgaben sind, die sich Ihnen eröffnen.

Die Geschichte Polens ist mir sehr stark bewusst und präsent, wobei ich überhaupt nicht geneigt bin, unsere Vergangenheit zu beschönigen. Ich kenne die Schatten der polnischen Geschichte, aber ich unterscheide diejenigen, die diese Schatten kennen und sich darüber grämen, von denjenigen, die sich für unsere historischen Misserfolge insofern begeistern, als sie sie am liebsten vollständig mit dem Bild unserer Geschichte gleichsetzen würden. Letztere haben im gegenwärtigen Diskurs leider eine viel stärkere Position. Die Unzulänglichkeiten in unserer Geschichte sind mir sehr bewusst, aber ich erinnere mich auch, dass 400 km östlich von Kiew ein Pfahl steht, der – so erzählten mir Ukrainer – anzeigt, wo die Grenze zwischen dem russischen und dem polnischen Imperium verlief. Schließlich liegt auch das Łubnie von Sienkiewicz weit entfernt, östlich von Kiew.

Wenn man diese Vision des historischen Bewusstseins verallgemeinert, so ist das die Vision eines mächtigen Staates, einer Großmacht, die ein großes Potential hatte, vielleicht nicht immer dieses Potential gut auszunutzen wusste, aber es wird die Sehnsucht nach dieser Größe deutlich, nach dieser Dimension, was auch das von Ihnen verwendete Wort »Imperium« zum